

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Eva-Maria Bulling-Schröter, Dr. Gregor Gysi
und der Gruppe der PDS**

Konzentrationslager Kaufering

Die Bügervereinigung „Landsberg im 20. Jahrhundert“ zur Erforschung der Landsberger Zeitgeschichte e.V. gründete sich 1983 auf Anregung des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß. Sie ging aus einer Schülergruppe um den Landsberger Geschichtslehrer Anton Posset hervor, die mit ihrer Spurensuche zu den Konzentrationslagern im Landkreis Landsberg 1982/83 im „Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten“ zum Thema „Alltag im Nationalsozialismus“ in Berlin mit einem ersten Preis ausgezeichnet wurde. Des Weiteren wurde Anton Posset 1989 mit dem Yad-Vashem-Leuchter der nationalen israelischen Gedenkstätte Yad Vashem ausgezeichnet.

Die weiteren Forschungsarbeiten des Vereins brachten die vergessene und verdrängte Geschichte der bayerischen Kleinstadt zutage (vgl. zum folgenden: „Landsberg im 20. Jahrhundert – Themenhefte Landsberger Zeitgeschichte“, Heft 1 bis 6).

Nach seinem gescheiterten Putschversuch von 1923 verbüßte Adolf Hitler im Landsberger Gefängnis seine Festungshaft. Dabei verfaßte er wesentliche Teile von „Mein Kampf“. Ab 1933 wird diese „Hitlerzelle“ zu einem nationalsozialistischen Wallfahrtsort. Die Stadt bezeichnet sich in ihrer Fremdenverkehrswerbung als „Hitlerstadt“ und „Stadt des Führers“. 1937 erhält Landsberg den nationalsozialistischen Ehrentitel „Stadt der Jugend“. Im Anschluß an die Reichsparteitage der NSDAP in Nürnberg begeben sich Delegationen der Hitlerjugend aus dem gesamten Reich in einem „Bekanntnismarsch“ nach Landsberg. Dort finden auf dem Hauptplatz und in der Landsberger Haftanstalt die Abschlußkundgebungen statt, bei denen unter anderem Reichsjugendführer Baldur von Schirach spricht. Ein Aufmarschstadion wird bis zum Modell geplant. Mit dem Überfall auf Polen werden 1939 die „Bekanntnismärsche“ abgebrochen.

1944 wird im Raum Landsberg das KZ-Kommando Kaufering errichtet. Am 18. Juni 1944 traf der erste Transport mit 1000 jüdischen KZ-Häftlingen in Kaufering ein, dem Dorf, wo das erste von elf Konzentrationslagern entsteht. Die KZ-Häftlinge sollen im

Rüstungsprojekt „Ringeltaube“ drei gigantische unterirdische Bunker zur Produktion der ME 262 bauen. Bis zum 9. März 1945 registriert der luxemburgische Priester und KZ-Häftling Jules Jost insgesamt 28 838 jüdische KZ-Häftlinge. Bis Ende Oktober wurde, wer nicht mehr arbeiten konnte, zurück nach Auschwitz in die Gaskammern geschickt. Ab November 1944 sterben die Häftlinge im KZ-Kommando Kaufering und werden in der Umgebung in Massengräbern vergraben. Wegen der menschenunwürdigen Unterbringung, aufgrund von Hunger, Kälte und Typhus, der Ausbeutung der Arbeitskraft bis zur Vernichtung, bezeichneten die Häftlinge diese Lager als „kalte Krematorien“. Offiziellen Nachkriegszahlen zufolge überlebten nur etwa 15 000 diese letzte Phase der Judenvernichtung und erlebten die Befreiung durch die amerikanische Armee am 27. April 1945. Beim Heranrücken der Amerikaner steckte die SS das KZ Kaufering VII mit den nicht mehr gehfähigen jüdischen KZ-Häftlingen in Brand. 360 Menschen werden bei lebendigem Leib verbrannt.

Auf dem Fliegerhorst Penzing besteht 1944/45 mit dem „SS-Arbeitslager Landsberg“ ein Konzentrationslager mit deportierten französischen Widerstandskämpfern. In ihm wird mit etwa 350 anderen der spätere Physik-Nobelpreisträger Georges Charpak gefangengehalten und muß mit seinen Mitgefangenen die bombardierte Startbahn des Fliegerhorstes ausbessern. Als 1995 zum 50. Jahrestag der Befreier ehemalige KZ-Häftlinge dieses Lagers zusammen mit ihren Familien und Kameraden aus der Resistance am Ort ihrer Gefangenschaft eine Gedenkfeier durchführen möchten, qualifiziert der Kommandant des Fliegerhorstes die Widerstandskämpfer als „Partisanen“ ab und fragt: „Was bitte gibt es hier zu gedenken?“ Erst nach Einschalten des Bundesministeriums der Verteidigung kommt die Gedenkfeier zustande (vgl. „Die Affäre Korth“ in: Themenhefte Landsberger Zeitgeschichte, Heft 6, S. 10, Landsberg 1996, ISSN: 0945-9901).

In dem Gefängnis, in dem Hitler die wahnsinnige Theorie seines Rassenwahnes zu Papier brachte, errichteten die Amerikaner 1945 ihr „War Criminal Prison No. 1“ (WCP). In ihm sind die Angeklagten und Verurteilten der Nürnberger Folgeprozesse inhaftiert. 284 NS-Kriegsverbrecher wurden in Landsberg hingerichtet. Die letzten sieben, darunter Oswald Pohl, der Chef des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes, und Otto Ohlendorf, der als Einsatzgruppenleiter in Rußland die Ermordung von 90 000 Menschen zu verantworten hatte, wurden nach einer langen bundesweiten und internationalen Kontroverse 1951 im Landsberger WCP durch den Strang hingerichtet.

In der Landsberger Saarbürgkaserne entsteht 1945 das größte Lager für Displaced Persons („DP-Lager“) Bayerns. Es wird zu einem Ort des jüdischen Neubeginns nach der Shoa, zu einer Durchgangsstation zur Auswanderung nach Israel oder in die USA. In drangvoller Enge entwickeln die Überlebenden des Holocaust ein reges politisches und kulturelles Leben, erlernen Berufe und versuchen nach dem Schrecken der Konzentrationslager in ein menschenwürdiges Leben in Freiheit zurückzufinden.

Die Bürgervereinigung hat mit ihrer Arbeit in Archiven, der Befragung von Zeitzeugen und archäologischer Spurensuche die verdrängte Geschichte ihres Heimatortes rekonstruiert und veröffentlicht ihre Forschungsergebnisse in „Landsberg im 20. Jahrhundert – Themenhefte Landsberger Zeitgeschichte“. Bisher sind sechs Hefte erschienen. Der Verein mit seinen rd. 120 Mitgliedern konnte einen Teil des ehemaligen KZ-Geländes Kaufering IV mit den letzten Überresten des „größten Außenkommandos eines KZ auf dem Boden des Reiches“ (Prof. Joseph Rovin, Paris, in seinem Vorwort von „Landsberg im 20. Jahrhundert Themenheft 4 – Die Vernichtung der Juden im Rüstungsprojekt Ringeltaube“, S. 5, Landsberg 1995) erwerben und diese Spuren bewahren: fünf Ruinen von KZ-Erdbunkern zur Unterbringung der Häftlinge, von denen vier unter Denkmalschutz gestellt werden konnten und Fundamentüberreste von KZ-Erdhütten. Die Verkehrssicherung der KZ-Erdbunker obliegt dabei der Oberfinanzdirektion München als nachgeordneter Behörde des Bundesministeriums der Finanzen. Mit Mitteln des Ausschusses gegen Rassismus und Faschismus des Europaparlamentes und mit Unterstützung von Jacques Delors errichtete die Bürgervereinigung an diesem Grundstück eine Informationstafel über den Holocaust im Raum Landsberg.

Zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus 1995 begann die Bürgervereinigung „Landsberg im 20. Jahrhundert“ mit ihrer Initiative zur Errichtung eines „europäischen Holocaust-Denkmal gegen Totalitarismus und Gewalt“ auf diesem Gelände. Dabei ist der Verein an 15 europäische Staatspräsidenten, aus deren Ländern Juden nach Landsberg deportiert wurden, mit der Bitte herangetreten, im Gedenken an die Opfer aus dem jeweiligen Land einen Gedenkstein zu stiften. Die Reaktionen waren durchweg positiv. Die ersten Gedenksteine, die zum 50. Jahrestag der Befreiung unter Beteiligung diplomatischer Vertreter und in Anwesenheit von Überlebenden der Lager aus Israel und den USA der Öffentlichkeit übergeben wurden, stammen vom Präsidenten der Republik Litauen, Algiraz Brazaukas, vom ungarischen Präsidenten Arpad Göncz, vom russischen Präsidenten Boris Jelzin und von Königin Beatrix der Niederlande. Weitere Zusagen liegen vor. Die Steine sollen später in ein Flächen- und architektonische Arbeitsgruppe aus Studenten der TU Berlin entworfen hat (vgl. Broschüre der Bürgervereinigung „Landsberg im 20. Jahrhundert“ für ein europäisches Holocaust-Denkmal gegen Totalitarismus und Rassismus).

Dem geschichtlichen Erbe der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft muß in besonderer Weise Rechnung getragen werden. Insbesondere die Bundesregierung trägt hierbei die Verantwortung, daß das Erinnern und Mahnen an diese Zeit nicht erlischt. Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung grundsätzlich Initiativen nichtstaatlicher Organisationen, die sich mit der nationalsozialistischen Rassenpolitik beschäftigen, Spuren sichern, Überreste bewahren, Berichte von Zeitzeugen sammeln, festhalten

und auswerten, ihre Forschungsergebnisse in Publikationen und Ausstellungen der Öffentlichkeit zugänglich machen und so die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus auch für kommende Generationen wachhalten?

2. Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bürgervereinigung „Landsberg im 20. Jahrhundert“ das Ende des Holocaust im KZ-Außenkommando Kaufering erforscht und die dortigen Überreste bewahrt?
3. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung derartiger Erinnerungsarbeit an den historischen Orten der Verbrechen im allgemeinen bei, und wie beurteilt sie die Arbeit der Bürgervereinigung „Landsberg im 20. Jahrhundert“ im besonderen?
4. Wie bewertet die Bundesregierung die Initiative der Bürgervereinigung „Landsberg im 20. Jahrhundert“, unter Beteiligung europäischer Staatsoberhäupter auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Kaufering IV ein europäisches Holocaust-Denkmal gegen Totalitarismus und Gewalt zu errichten?
5. Kann die Bundesregierung trotz der Ablehnung von Bundespräsident Roman Herzog (vgl. Schreiben des Bundespräsidialamtes vom 1. März 1995, AZ: 112-92201-802) mit einem deutschen Gedenkstein zum europäischen Holocaustdenkmal beitragen?
6. Welche Möglichkeiten und Mittel hat die Bundesregierung, die Arbeit der Bürgervereinigung im allgemeinen und die Errichtung eines europäischen Holocaust-Denkmal gegen Totalitarismus und Gewalt im besonderen – über die Stiftung eines Gedenksteines hinaus – zu unterstützen?
7. Welche staatlichen Stellen, Einrichtungen und sonstigen Institutionen kann die Bundesregierung nennen, die die Arbeit der Bürgervereinigung fördern können?
Welchen Einfluß kann und wird die Bundesregierung auf die Stellen nehmen, um die Arbeit des Vereins und die Errichtung des europäischen Holocaust-Denkmal zu fördern?
8. Wie wertet die Bundesregierung generell Beiträge wie denjenigen der Bürgervereinigung „Landsberg im 20. Jahrhundert“ zur Aussöhnung und Verständigung zwischen Deutschland und Israel und im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, rassistische Gewaltakte und Antisemitismus?
9. In welcher Form fördert die Bundesregierung den internationalen Jugendaustausch zur Vertiefung des deutsch-jüdischen Verhältnisses und der Aussöhnung, und welche Möglichkeiten und Mittel besitzt die Bundesregierung dabei für eine Einbindung der Erinnerungsarbeit der Bürgervereinigung, der KZ-Gedenkstätte Kaufering VII und des europäischen Holocaust-Denkmal?
10. Ist der Bundesregierung bekannt, ob seitens der im Rüstungsprojekt „Ringeltaube“ involvierten Baufirmen u. a. eine Entschädigung der ehemaligen KZ-Sklavenarbeiter stattgefunden

den hat, und falls ja, in welcher Höhe und in welchem Umfang erfolgten Entschädigungszahlungen?

Wenn nein, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß Firmen, die während der NS-Diktatur Zwangs- und Fremdarbeiter beschäftigten, zu Entschädigungszahlungen gegenüber Opfern und deren Nachkommen verpflichtet werden können?

11. Gibt es nach Erkenntnis der Bundesregierung weitere erhaltene KZ-Erdbunker und Überreste von KZ-Erdhütten, vergleichbar denen von Kaufering VII, in der Bundesrepublik Deutschland?

Wenn ja, wo?

Wenn nein, was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um diese Überreste in ihrer Einmaligkeit zu bewahren, und welche Mittel kann sie zur Verfügung stellen, um diese Spuren als Mahnung an künftige Generationen zu erhalten?

12. Welche Mittel hält die Bundesregierung für geeignet, um die Überreste von Kaufering VII als Denkmal zu erhalten und gegen Schändungen, zu denen es auf dem Gelände wiederholt kam, wirksam zu schützen?

Bonn, den 5. Dezember 1996

Eva-Maria Bulling-Schröter
Dr. Gregor Gysi und Gruppe



